

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 90 Pfg., durch die
Postvierteljährlich 2.70 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Heflsch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 128.

Dienstag, den 4. November 1919.

19. Jahrgang.

Der Reichsergänzungsetat für 1919.

Nachträgliche Milliarden-Forderungen.

Der Nationalversammlung sind Ergänzungen zu den Entwürfen des Haushalts der Reichsschuld und der allgemeinen Finanzverwaltung für das Rechnungsjahr 1919 zugegangen.

Im außerordentlichen Etat werden darin unter anderem zu einmaligen Ausgaben für Rechnung der Gesamtheit 40,6 Milliarden Mark angefordert. Davon beansprucht die „Allgemeine Finanzverwaltung“ 33,9 Milliarden Mark. Diese Summe setzt sich unter anderem zusammen aus 13 Milliarden Mark „aus Anlaß des Krieges und der Demobilisierung“, aus 17 Milliarden Mark für Leistungen aus dem Friedensvertrag, insbesondere für den Wiederaufbau. Diese Summen waren bereits in einzelnen Unterabteilungen bewilligt. Zur Abwicklung der Angelegenheit des alten Heeres werden 3 Milliarden Mark verlangt.

Ferner kommen noch hinzu 50 Millionen Mark zur Verrechnung der Schadenersatzansprüche neutraler Mächte aus Anlaß der Versenkung oder Beschädigung von Schiffen durch deutsche Seestreitkräfte, 151 Millionen Mark für Kriegs- und Zivilgefangene, 660 Millionen Mark zur Abwicklung der Angelegenheiten der alten Marine und endlich 100 Millionen Mark als Betriebsmittel für die Durchführung des Braunkohlenmonopols. Im ordentlichen Haushalt sind unter anderem 9 Milliarden Mark als Erträge aus neuen Steuern eingeplant. Davon waren bereits 7 Milliarden Mark im ursprünglichen Haushaltsentwurf für 1919 enthalten. Neu sind also nur zwei Milliarden Mark hinzugekommen.

Trotz der ewigen Mahnung zur Sparsamkeit haben fast sämtliche Ministerien erhöhte Ausgaben beantragt. Einerseits handelt es sich um eine erhebliche Steigerung der Verwaltungskosten, dann sind auch z. B. im Etat des Reichswirtschaftsministeriums mehrere Milliarden zur Beschaffung von ausländischen Lebensmitteln angefordert.

Aus der gesamten Neuansforderung des Ergänzungsetats ergibt sich ein Anleihebedarf von 40,6 Milliarden Mark. Dafür sind auf gesetzgeberischem Wege bereits für 32,4 Milliarden Mark Kreditermächtigungen erteilt worden, so daß nur noch 8,187 Milliarden durch eine neue Kreditbewilligung aufzubringen sind, um den Nachtragetat auszubalanzieren.

Einzelheiten aus dem Heeresetat.

Während obige Zahlen nicht gerade viel Sparsamkeit vermuten lassen, sucht die Regierung auf dem Gebiete der Heeresfürsorge ihrem Sparfuss zum Recht kommen zu lassen; ob aber gerade dieser Posten zur Verringerung des Sparfusses besonders geeignet ist, möchten wir doch bezweifeln. Der neue Etat sieht für die Heeresfürsorge nur noch 280 000 Mark vor, während der letzte Etat vor dem Kriege allein für Preußen 1 480 000 Mark auswarf. Die neue Reichswehr soll außer den beiden Feldpionieren nur zehn evangelische und zehn katholische Pfarrer haben. Davon bezeichnet der Entwurf je drei jeder Konfession als „künftig wegfallend“. Ein deutschnationaler Antrag im Haushaltsausschuß ging dahin, diesen Zusatz „künftig wegfallend“ zu beseitigen, wurde jedoch von der Mehrheit abgelehnt.

Für die Gewährung von Kriegsteuerungen, z. B. an Offiziere, Beamten und Mannschaften, so fern: an Lohnangestellte, sowie an Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen sind im außerordentlichen Nachtragsetat 129 980 Mark als einmalige Ausgabe neu angefordert worden.

In der Ergänzung zum Entwurf des Haushalts für die Verwaltung der Reichsmarine (für das Rechnungsjahr 1919) werden für die Indienststellung von sechs Minenschiffen, sechs kleinen Kreuzern und Torpedofahrzeugen 18,69 Millionen Mark angefordert. Die Haushaltsstärke des Marinepersonals bezieht sich nach den Bestimmungen des Friedensvertrages auf 15 000 Köpfe, davon sind: 594 Offiziere, 142 Ingenieure, 580 Deckoffiziere, 3121 Unteroffiziere, 9097 Mannschaften, 293 Mann Sanitätspersonal und 36 Bahneisenbahnaspiranten und Verwaltungsschreiber; die Zahl der Beamten aller Art beträgt 869.

Die Abtretung von Danzig.

Der Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Reiche.

Ueber den Zeitpunkt der Loslösung Danzigs vom Deutschen Reiche waren in den Kreisen der Danziger Bevölkerung verschiedene Auffassungen verbreitet, die dem Magistrat der Stadt Danzig Veranlassung gaben, das Auswärtige Amt um nähere Aufklärung zu bitten.

Das Auswärtige Amt hat jetzt seine Auffassung

über den Zeitpunkt der Abtretung in einem Schreiben an den Magistrat zu Danzig dahin geäußert, daß der Uebergang des Gebietes des künftigen Freistaates an die Alliierten nicht schon mit der Errichtung des ersten Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden erfolgt, sondern erst dann, wenn sämtliche alliierten und assoziierten Hauptmächte die Ratifikationsurkunden niedergelegt haben. Der Freistaat selbst kann erst mit seiner förmlichen Begründung nach Artikel 102 des Friedensvertrages ins Leben treten. Es bleibt den vereinigten Hauptmächten oder deren Bevollmächtigten überlassen, für die Regierung in der Zeit bis zu der Niederlegung der letzten Ratifikationsurkunde, also bis Aufheben der bisherigen Staatshoheit und der Begründung des Freistaates, zu sorgen.

Der Danziger Magistrat behält sich eine Stellungnahme zu diesen Ausführungen vor. Das Auswärtige Amt nimmt der halbamtlichen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge den Standpunkt ein, daß nach den Friedensverträgen der Freistaat Danzig nur den alliierten und assoziierten Hauptmächten zur Gesamthand ausgeliefert werden kann, und daß gegen eine etwa erfolgende Uebergabe vor der Ratifizierung seitens aller Hauptmächte diejenigen protestieren könnten, die dem Frieden zur Zeit der Uebergabe noch nicht beigetreten hätten. Folgerichtig kann eine Uebergabe erst nach der Ratifizierung seitens aller alliierten und assoziierten Hauptmächte erfolgen.

Eine Entente-Kommission, bestehend aus drei französischen Offizieren, ist in Danzig eingetroffen und hat mit den dortigen militärischen Stellen Beratung genommen. Wie die „Bosnische Zeitung“ erfährt, wird sich dieser Tage ein höherer Beamter des englischen Auswärtigen Amtes nach Danzig begeben, der als Interimskommission für den Freistaat Danzig, sobald dieser erklärt sein wird, tätig sein wird. Der definitive Oberkommissar ist noch nicht bestimmt, man nimmt aber an, daß es auch ein Engländer sein wird.

Politische Rundschau.

1. Oktober 1919.

— Wenn die Verhandlungen der Regierung mit der Entente zur Beilegung der Schwierigkeiten bei Erhebung der Goldzölle in den besetzten Grenzgebieten erfolglos verlaufen sollten, ist die vorläufige Aufhebung der Goldzölle in Aussicht genommen.

— Zur Förderung der deutschen Sparprämienanleihe wurde auf Veranlassung des Reichsfinanzministeriums ein besonderer Ausschuss gegründet.

— Die Bevölkerung des Freistaates Sachsen ist erheblich zurückgegangen gegenüber der Ziffer vor dem Kriege. Der Ausgang beläuft sich auf rund 225 000 Personen.

Der Landespartei-tag der bayerischen Unabhängigen beschloß nach heftiger Aussprache mit 66 gegen 63 Stimmen den Anschluß an die dritte bolschewistische Internationale. 25 Delegierte enthielten sich der Stimme.

— **Deutsch-polnische Grenzverhandlungen.** Einer halbamtlichen Mitteilung zufolge versucht die deutsche Regierung eine Verichtigung der durch den Friedensvertrag festgelegten Obergrenze da zu erreichen, wo Gebiete mit einer ganz überwiegenden deutschen Bevölkerung zu Polen geschlagen worden sind und zahlreiche dringende Wünsche um Verbesserung beim Deutschen Reiche vorliegen. Zunächst wird es sich darum handeln, daß die mit der Festlegung der Grenze nach dem Friedensvertrage betraute Kommission, die bisher mehr oder weniger nur topographische Aufgaben besetzt, eine erweiterte Zuständigkeit erhält; ferner, daß die ethnographisch streitigen Gebiete einer besonderen, den Abstammungsgebieten ähnlichen Behandlung in Bezug auf Festlegung und Verwaltung unterstellt werden. In dieser Beziehung hat die Regierung bereits die entsprechenden Schritte getan, ohne daß jedoch eine Entscheidung vorläge.

— **Die Entente-Kommission für das Baltikum** hat endgültig die Mitglieder der Kommission bestimmt, die die Abgrenzung der baltischen Provinzen überwachen soll. Die Kommission ist folgendermaßen zusammengesetzt: Für Frankreich General Nessel als Vorsitzender, für Großbritannien der Brigadegeneral Turner, für die Vereinigten Staaten der Brigadegeneral Sackheim, für Italien Brigadegeneral Mariotti und für Japan Oberst Takeda. Die Mitglieder der Kommission reisen sehr bald nach Kurland ab. Sie halten sich vorübergehend in Berlin auf, um dort Einsicht in die offiziellen Dokumente über die von der deutschen Regierung an den General v. d. Goltz und die deutschen Truppen erlassenen Befehle zu nehmen.

— **Der Verein katholischer Edelente** hat den Papst in einer Eingabe gebeten, bei den Völkern, die in diesem Kriege unsere Gegner waren, seine Stimme zu erheben, um Kaiser Wilhelm, auf welchen Gottes unerforschlicher Ratschluß so schweres Leid gehäuft hat, vor der letzten und äußersten Anklage eines Gerichtsverfahrens, in welchem seine Anklage zu stehen

eine Richter sein würden, zu bewahren. Die katholischen Edelente treten feierlich ein für die Reinheit eines Gewissens und vertrauen auf den allmächtigen Gott, der die Gerechtigkeit auf Erden nicht vergewaltigen und das gute Recht nicht beugen lassen wird.

— **Schaffung einer sächsischen Polizeitruppe.** Der Volkstamm ging eine Denkschrift der Regierung über die Einrichtung einer Hilfspolizei für den Sicherheitsdienst in Sachsen zu. Darin heißt es u. a.: Sachsen wird nach der Durchführung des Friedensvertrages voraussichtlich nur über militärische Truppen in der Stärke von 6000 bis 7000 Mann verfügen. Unter diesen Umständen hält die Regierung die Aufstellung einer Polizeihilfstruppe in Stärke von etwa 6000 Mann für notwendig. Diese Truppe soll dem Ministerium des Innern unterstellt werden. Aufgabe der neuen Hilfspolizei soll sein, die gegenwärtige staatliche und Gemeinde-Polizei, die in bisheriger Umfang bestehen bleibt, zu unterstützen und Störungen der öffentlichen Ordnung im Keime zu ersticken. Als Standorte für die Hilfspolizei sind in Aussicht genommen Dresden mit dem Sitz der Leitung, Leipzig, Chemnitz, Jittau, Plauen, Riesa und Zwickau.

Rundschau im Auslande.

— Die Brägelstraße ist in der Republik Polen amtlich eingeführt worden.

— Ministerpräsident Clemenceau hat den Straßburger Radikalen, die ihn auf ihre Wahlliste setzen wollten, ablehnend geantwortet und dabei zum ersten Male unambiguum zum Ausdruck gebracht, daß er sich vollkommen vom politischen Leben zurückziehen wolle.

— In England schließt das Finanzjahr mit einem Gebühretag von 473 Millionen Pfund Sterling ab.

— Südlich von Moskau war, Denikin genötigt, einige Meilen zurückzugehen, wodurch drei wieder in die Hände der Bolschewisten fiel.

— Die türkische Regierung hat alle geheimen Dokumente zwischen Deutschland und der Türkei über die Vorgeschichte des Krieges und der Kriegsführung der Alliierten-Kommission ausgehändigt. Die Dokumente sollen die Schuld der deutschen Regierung an den Armeniermorden erweisen, durch welche 160 000 Menschen vernichtet wurden.

— Präsident Wilson will nicht mehr für die Präsidentenwahl kandidieren.

England: Die Hungersnotkonferenz in London.

— Englischen Blättermeldungen zufolge hat ein englischer „Ausgang zur Bekämpfung der Hungersnot“, dessen Vorsitzender Lord Barmore, der bekannte Oberichter am englischen Appellhof, ist und dem eine Reihe englischer Pazifisten, Arbeiterführer und Bischöfe angehören, die Einberufung einer Hungersnotkonferenz beschlossen, zu der auch eine Anzahl deutscher und deutsch-österreichischer Persönlichkeiten eingeladen worden sind. Eine Zusage der deutschen Vertreter ist bis jetzt nicht erfolgt, da die Vorfrage von der englischen Regierung noch nicht entschieden ist. Eingeladen sind aus Deutschland: Eduard Bernstein, Professor Bonn, Hugo Brentano, Karl Rautsky, Arthur v. Guinier, Richard Martin, Graf Montgelas, M. Harburg, Hilbrand, Bissell, Professor Oppenheimer, Karl Schlegel, Professor Schulz.

England: Das englische Friedenskabinett.

— Das englische Friedenskabinett ist durch ein umfangreiches Kabinett von 21 Ministern ersetzt worden. Die Hauptposten sind folgendermaßen besetzt: Lloyd George: Premierminister, Bonar Law: Großsegeleisenführer, Balfour: Vizepräsident des Geheimen Rates, Chamberlain und Barnes: ohne Portfeuille, French: Vizepräsident von Irland, Earl Curzon: Außenminister, Balfour: Staatssekretär für die Kolonien, Churchill: Krieg und Luftsekrete, Eric Geddes: Finanzminister. — Wie die wirklich leitenden Persönlichkeiten des umgebildeten Kabinetts Lloyd George sein werden, ist noch nicht klar zu erkennen. Die Erhebung Balfours durch Curzon im auswärtigen Staatssekretariat beweist jedenfalls, daß Curzon zu diesen Persönlichkeiten gehört.

Italien: Serbische Selbsthilfe gegen d'Annunzio.

— Nach Meldungen aus Belgrad ist ein serbisches Armeekorps gegen Trieste in Marsch gesetzt worden. Die serbische Regierung hat sich entschlossen, gegen d'Annunzio energisch aufzutreten, da sie sich auf die langsame Entscheidung des Obersten Rates nicht verlassen will.

Vereinigte Staaten: Ein Ultimatum an Mexiko.

— Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ein Ultimatum an Mexiko gerichtet, worin die Befreiung des von Banditen entführten amerikanischen Konsularagenten in Puebla, Jenkins, verlangt wird. Im Senat wurde beantragt, die amerikanischen Truppen zu mobilisieren, um diese Forderung durchzusetzen. Das Pressebureau Radio meldet, daß die mexikanische Regierung dem amerikanischen Botschafter mitgeteilt hat, sie werde alles aufbieten, um Jenkins zu retten.

Aus Stadt und Land.

— **Birmasener Schuhe** — aber nur fürs Ausland. Aus Birmasens (Pfalz) meldet die „Frankfurter Zeitung“, daß die dortige Schuhindustrie zurzeit in der denkbar höchsten Blüte steht. Die Stadt ist von aus-

Stimmungsbericht.

Es zu früher Morgenstunde hatte sich heute das Haus versammelt, um endlich die Staatsberatung zu Ende zu führen. Herr Roske's Etat stand auf der Tagesordnung, man durfte sich also auf eine lebhafteste Aussprache gefaßt machen. Zunächst hat Herr Ma-
recht von der Deutschen Volkspartei das Wort. Er
reht gleich scharf ins Zeug und macht dem Minister
scharfe Vorwürfe. Nach Niederwerfung der Putzsch
sei die Verpflegung der Reichswehr gänzlich unzulänglich
geworden. Der Gesehtswert der Truppe sei insolge-
dessen erheblich zurückgegangen. Großer Lärm erhebt
sich bei diesen Worten und Präsident Lehrenbach muß
zur größten Erleichterung des Hauses mahnen, nicht
so früh am Morgen schon so lebhaft zu sein. Auch
der folgende Redner Abg. Stücken von den Reichs-
sozialisten spricht sehr temperamentvoll. Die
„Miedergriffe der Reichswehr“ haben es ihm angetan.
Herr Raden vom Zentrum will die Politik aus der
Kaserne beseitigt wissen, aber die Leute und die Offi-
ziere müssen auf dem Boden der Verfassung stehen.
Mit der Rede des Abg. v. Graefe (Dnatl.) er-
reichte die Debatte ihren Höhepunkt. Er erinnert
an die Feststellung eines englischen Generals, daß
die deutsche Armee von hinten erdolcht worden ist.
Erregte Zwischenrufe unterbrechen häufig den Red-
ner, der sich jedoch nicht aus der Fassung bringen
läßt und ruhig weiter spricht. Mit großem Nach-
druck verteidigte er die deutschnationalen Anträge auf
Besserstellung der Reichswehr. Das Beispiel „Ein
Müllkutscher bekommt heute mehr als ein Hauptmann
der Reichswehr“ spricht Bände.

Es folgen heftige Angriffe gegen den Reichs-
wehrminister. Der Reichswehrminister sei der Mann
mit dem Januskopf, der hier so und da so spreche,
der vor den Offizieren anders rede als vor der
Sozialistenkonferenz. Er sei in Handhabung der Zen-
sur viel willkürlicher als irgendein Oberbefehlshaber
während des Krieges. Unter großem Lärm des Haus-
es, unter Bravorufen, Rufen und Pfeifen verläßt
Herr v. Graefe schließlich das Rednerpult. Sofort er-
hebt sich Roske zum Gegenstoß.

Sofort beginnt die Auseinandersetzung mit sei-
nem Vorredner, dessen Rede er als Selbstmordpolitik
bezeichnet. Der Minister widmet dem Etat einige Worte
und verteidigt dann die einzelnen Zeitungsverbote.
Jeden Putzschverbot von rechts und links werde er,
wenn sie wirklich verurteilt werden sollten, nieder-
schlagen. Lebhafter Beifall folgt den Ausführungen des
Ministers Roske, nach dem der Minister David vor-
tritt, um eingehend auf die Angriffe der Rechten zu
erwidern.

Auch der nächste Redner, Abg. Haas (Dem.)
nimmt die Regierung in Schutz gegen die Angriffe der
Rechten, die die Reichswehr für ihre reaktionären
Pläne benutzen wolle. Der Sprecher der Unabhängi-
gen Abg. Koenen nimmt den Kampf gleich gegen
zwei Fronten auf und mißt den Rechtssozialisten ebenso
viel Schuß bei der Verlängerung des Krieges bei wie
den nationalen Parteien.

Nachher Roske den Unabhängigen noch eine tro-
nische Unterweisung über den Gebrauch von Hand-
granaten erteilt, hatte die neunstündige Sitzung glük-
lich ihr Ende erreicht.

Sitzungsbericht.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung
des Haushaltses für die Reichswehr. Der Haushalts-
ausschuß beantragt eine Entschlüsselung auf angemes-
sene Erhöhung des Verpflegungsgeldes und des Ersatz-
betrages für Unterbringung, auf Verbesserung der Be-
kleidung und Bekleidung und auf Unterbringung der
Kriegsgefangenen in geeigneten Stellen. Die Deutsch-
nationalen fordern die Befristung von Zeitungsverboten
auf drei Tage, vorherige Anhörung des Her-
ausgebers ausdrückliche Bezeichnung der beanstandeten
Artikel in der Verbotsanordnung und auf sofortige
Fristungnahme mit dem Herausgeber wegen Wieder-
erscheins der Zeitung oder Druckschrift. Eine zweite
deutschnationalen Entschlüsselung fordert Erhöhung der
Beihilfen für Offiziere und Sanitätsbeamte, Unter-
offiziere und Mannschaften in einer den heutigen

der deutschen Hochseesegler sind bereits von Etet-
tin vierzehn Dampfer abgegangen, davon zwei nach
Danzig und je einer nach Königsberg und Lübeck. Wei-
tere Dampfer werden folgen. Auch aus Danzig wird
schon gemeldet, daß der Verkehr innerhalb der Küsten-
gewässer wieder aufgenommen worden ist. Der Ver-
kehr mit den neutralen Ostseestaaten bleibt noch un-
terbunden.

„Eine mißglückte Jaderziehung. In Halle wurde
eine Schiebergesellschaft ausgehoben, die mit Hilfe eines
Bahnschaffers aus Köthen, der 200 000 Mark er-
halten sollte, 600 Zentner Jader von Köthen nach
Halle brachten, um ihn für 8,50 Mark pro Pfund

zu verkaufen. Der Beamte ging mit Wissen seiner
Behörde auf das Geschäft scheinbar ein. Infolgedessen
gelang es, einen Gutsspekulator, einen Kaufmann, der
Vetter eines großen Konsumvereins ist, und einen
Oberkellner zu verhaften. Gleichzeitig wurden auf
Bahnhöfen Reudietendorf Schieberungen aufgedeckt, wodurch
900 Zentner Jader, vier Waggon Weizen und
Gerste über Aschaffenburg ins Ausland verschoben
werden sollten.

„Ermordung von zwei amerikanischen Fliegern.
Das Reutersche Bureau meldet aus San Diego in Ka-
lifornien: Am 1. d. M. wird mitgeteilt, daß zwei amerika-
nische Flieger, die seit dem 31. August vermißt wa-
ren, von mexikanischen Fischern, die sie in ihren
Flugzeugen auf dem Wasser treibend fanden, auf
grausame Weise ermordet wurden.

„Berliner Salvarianerschmuggler verhaftet. In
Straßburg wurden von der Kriminalpolizei am Hafen
zwei Männer festgenommen, die im Begriff waren,
mit einem Segelboot nach Danemark zu fahren. Die
Verhafteten wurden als Kaufmann Benas und Schiff-
zimmermann Jäncke, beide aus Berlin, festgestellt.
In ihrem Besitz fand man für etwa 3000 Mark
Salvarian, das für Danemark bestimmt war. Wie
ein Sachverständiger befundet, wäre das Salvarian
in Danemark mit etwa 40 000 Mark bezahlt worden.

„Auf der Jagd nach Falschmünzern. Der Bank-
notenfälscher Bergwelt, der die jetzt eingezogenen 50-
Mark-Noten mit dem sogenannten Trauerband in großem
Maßstabe gefälscht hatte, im Juli d. J. verhaftet
wurde, aber aus dem Untersuchungsgefängnis in Frank-
furt am Main entsprang, ist wieder verhaftet wor-
den. Er hatte sich inzwischen eine neue mit allen
Hilfsmitteln ausgestattete Werkstatt zum Fälschen der
neuen 50-Mark-Noten eingerichtet. Hunderttausende
von Blankoscheinen wurden in seinem Besitz vorgefun-
den, und nach den täuschend hergestellten Falschi-
faten ist zu schließen, daß große Mengen von Falsch-
scheinen zum Teil unerkannt sich im Umlauf befinden.

„Deutschfreundliche Kundgebungen im Elsaß. In
den letzten Tagen haben in zahlreichen oberelsässi-
schen und lothringischen Orten deutschfreundliche Kund-
gebungen stattgefunden. In Mühlhausen und Kolmar
kam es zu Kundgebungen für die Selbstständigkeit.
Nach Metz und Diedenhofen sind Truppenverstärkungen
abgegangen, da dort Ausschreitungen gegen die Fran-
zosen stattfanden. Die Zeitungen dürfen Einzelheiten
über die Ereignisse nicht bringen. Die französische Po-
lizei nahm viele Verhaftungen in Lothringen und
im Oberelsaß vor. Allein in Metz sind hundert An-
gehörige deutscher Staatsangehörigkeit festgenommen
und nach der Kaserne gebracht worden. Ihre Auswei-
sung ist beschlossen worden.

„Der amerikanische Fleischwucher. Der parla-
mentarische Sekretär des britischen Nahrungsmittel-
ministers erklärte, im nächsten Jahre werde ein un-
geheurer Mangel an Fleisch auf der ganzen Erde
herrschen. Vor dem Kriege importierte England eine
Million Tonnen Fleisch und Speck jährlich, aber 1920
wird mindestens die doppelte Menge nötig sein. Das
Abrize Europa wird mindestens drei Millionen Ton-
nen brauchen, und darum wird es auf der ganzen
Welt nicht genügend Fleisch geben, um den Bedarf zu
decken. Das wird die Fleischpreise ins Ungeheure stei-
gern, da der Fleischmarkt in Amerika alles tue, um
diese Not noch zu steigern. Der Trust hat nicht nur
alles Vieh sondern auch sämtliche Futtermittel auf-
gekauft, um so die Fleischversorgung der ganzen Welt
in die Hand zu bekommen.

wichtigen Einkäufem geradezu überschwemmt. Eine
ungeahnte Vermehrung der Schuhfabrikationsbetriebe
ist die Folge dieser Hochkonjunktur. Die Gesamtzahl
der Fabriken betrug vor dem Kriege 225, während
des Krieges kamen 160 hinzu. Von Dezember vor-
igen Jahres bis in die letzte Zeit gelangten weitere
270 Betriebe zur Anmeldung, das ist fast jeden Tag
eine neue Fabrik. Insgesamt sind nunmehr 655 Schuh-
fabriken vorhanden. Vielfach haben sich ganze Ge-
meinden der Schuhherstellung zugewendet.

„Ein ungetreuer Vereinsleiter. Der Vorsitzende
der Ortsgruppe Hamburg des Bundes deutscher Män-
ner und Frauen zum Schutze des Lebens Kaiser Wil-
helms II., dem über 10 000 Mitglieder angehören,
ein angeblicher Oberlehrer a. D. Bartenberg, ist seit
einigen Tagen verschwunden. Er hat die vom Bunde
gekauften bedeutenden Geldsummen unterschlagen.
Rebender legte der Schwindler sich auch auf den Hei-
ratschwindel und trat vielfach unter falschem Na-
men auf. Auch als „Verbeoffizier des Freikorps
Dohna“ in Hamburg hat er gearbeitet und dabei
große Schwindelerien verübt.

„646 Mark Monatslohn für Müllkutscher. Die
Berliner Müllkutscher haben die Arbeit wieder auf-
genommen. Sie wollen täglich drei Touren machen und
nicht mehr als 100 Mark täglich abholen. Dafür er-
halten sie einen Wochenlohn von 160 Mark, jerner
für das Putzen und Reinigen der Pferde am Sonntag
8 und 9 Mark, sowie 2 Mark für das Beschlagen der
Pferde. Der Urlaub wird bezahlt und das Trink-
geldnehmen gestattet. Für das Fortschaffen des wä-
rend des 16-tägigen Ausstandes liegengelassenen
Mülls erhalten die Kutscher und Schaffner eine beson-
dere Vergütung und einen Vorschuß von 100 Mark.
— Bei der Streiklust der Berliner Müllkutscher wäre
es kein Wunder, wenn sie demnächst eine aberma-
lige Aufbesserung zu erzwingen suchen.

„Ein gutangelegter Denkmalsfond. Der Ausschuß
für die Errichtung eines Kaiser Wilhelm-Denkmal
in Duisburg hat beschlossen, von der Errichtung des
Denkmals Abstand zu nehmen. Das künstlerisch wert-
volle Modell des Denkmals wird der Stadt zur
Aufstellung im künftigen Museum überlassen. Der
Vertrag des Künstlers ist gegen Zahlung einer Ent-
schädigung von fünfzehnhundert Mark gelöst. Die noch
vorhandenen zwanzigtausend Mark sollen vornehmlich
zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Säuglings-
sterblichkeit im Siegeskreise dienen.

„Drohender Eisenbahnerstreik in Baden. Die
Frage der Gewährung einer einmaligen Beschäftigungs-
anleihe an die Beamten und Staatsarbeiter ist in ein
schwieriges Stadium getreten, da die Eisenbahner den
Bermittlungsvorschlag des Haushaltsausschusses des
badischen Landtages nicht annehmen wollen. In Mann-
heim, Heidelberg, Schwenningen und Landau sind die
Eisenbahnarbeiter am Montag in den Ausstand ge-
treten. Die Arbeiter der Karlsruher Eisenbahnwer-
stätte wollen zunächst die Beschlüsse der Landeskonfe-
renz der Eisenbahnerorganisationen abwarten. Der
meistsozialistische „Volksheld“ rät dringend zu
einer Verständigung und macht die Eisenbahner dar-
auf aufmerksam, daß sie im Falle eines Streiks die
Sympathie der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung
nicht hinter sich haben würden.

„Ueberstunden der Rheinschiffahrt. In einer in
Mannheim stattgefundenen Versammlung der Mitglieder
des deutschen Transportarbeiterverbandes, Abteilung
der Binnenschiffahrt und Fährer des Rheins und seiner
Nebenflüsse, Siz Duisburg, wurde beschlossen, zur Lin-
derung der Not in Süddeutschland auf den
Rheinschiffen jeden Tag zwei Ueberstunden zu ver-
fahren. Außerdem ist man gewillt, an den freien
Sonntagen im November zu arbeiten.

„Schulschiff „Vaterland“ in die Luft gesprengt.
Auf dem Müggelsee bei Berlin ankerte seit längerer
Zeit das dem Marinevorbereitungsverein gehörige
Schulschiff „Vaterland“, das zur seemannischen Aus-
bildung der Berliner Jugend diente. Infolge des
Friedensvertrages mußte die „Vaterland“ außer Dienst
gestellt werden und wurde an eine Filmgesellschaft
verkauft. Nunmehr wurde auf dem Müggelsee die
Sprengung des Schiffes vorgenommen, die durch Pyro-
miete vorbereitet war.

„Wiederaufnahme des Dampferverkehrs in der
Eltfee. Nach Aufhebung der Schiffsahrtssperre innerhalb

Jolanda und Salomea.

Roman von Erich Friesen.

36. Fortsetzung.

Sie schweigt.
„Hast du auch bedacht, was dieser Bruch bedeutet?“ fährt
er eindringlicher fort. „Was werden die Leute sagen? Alles
ist bereit... die Hochzeitsschlichtung morgen —“

Sie zuckt die Achseln.
„Du trästst auch deinen Vater, Jolanda — aus einer
unbegreiflichen Ranne...“ du gibst den hochgeachteten Na-
men „Dommarino“ dem Geißt der Leute preis!“

Ein bitteres Lächeln umgibt für einen Augenblick Jolan-
das bleiche Lippen. Dann wehrt sie milde ab.
„Jolanda! Ist dies ein Bruch für — immer?“

Sie nickt, ohne sich zu rühren.
Ach, was er für eine Herzenskälte, für eine unberont-
wirdliche Schürle eines überkommenen Mädchenkopfes hält —
es ist der größte, tiefste Schmerz!

Jolanda vermag nicht zu reden. Die übermäßige An-
strengung, hart zu bleiben, hat momentan all ihre Glieder
gelähmt.

„So leb' wohl!“

Auch seine Stimme klingt hart und kalt. Mit festen
Schritten geht er nach der Tür, ohne sich noch einmal um-
zublicken.

Er sieht nicht, wie sie die Arme nach ihm ausstreckt, als
wolle sie das schwindende Glück festhalten — fest, fest, sieht
nicht den todesstrahlenden, leeren Blick, der verzweifelt seinen
Schritten folgt...

Er ist gegangen.

Laut aufschluchzend sinkt Jolanda auf die Ottomane. Der
harte Schmerz löst sich in heißen Tränen.

So liegt sie da, still in sich hineinweisend — lange —
— lange —

Und drinnen im Empfangsalon braten die fleißigen So-
fenshauhe den Reichtum an kostbaren Hochzeitgeschenken
auf...

Der heutige Morgenblutstrom, der morgen das Dampf-

der jungen Braut schmücken soll, ist soeben angekommen.

Nachts gegen elf Uhr!

Der Marschese Umberto sitzt in seinem Arbeitszimmer im
Zehnminut am Ramin, den weißen Kopf in die hohle Hand
gestützt.

Sein armes Herz pocht rask und unregelmäßig.
Was er so brennend ersehnte: Jolandas Vermählung
mit dem Manne ihrer Wahl — sie steht vor der Tür. Wa-
rum ist ihm aus einmal so bang? Fürchtet er die Trennung
von dem geliebten Kinde, und wenn es auch nur eine Tren-
nung von wenigen Wochen ist?

Er schließt die Augen. Seine Gedanken beginnen, sich
zu verwirren...

Er drückt.

Da öffnet sich leise, leise die Tür.

Eine weiße Gestalt tritt ein, langsam, mit müden Schrit-
ten, wie schlafbesangen.

Sie steht den schlummernden, alten Mann im Zehnminut.
Mit gefestem Haupt schreitet sie auf ihn zu.

Lauflos läßt sie sich vor ihm auf den weichen Teppich
nieder, beide Arme um die Knie des Mannes schlingend.

Das milde Haupt sinkt auf die Lehne des Sessels.
Die Berührung weckt den Schlaf.

Er öffnet die Augen.

„Jolanda! Mein Kind!“

Sie hebt die tränenbesetzten Lider zu ihm empor und
läßt die weisse Hand, die jählich über ihren Scheitel streicht.

„Mein lieber Vater!“

„Warum bist du noch nicht zu Bett, Jolanda? Du mußt
auschlafen. Morgen, an deinem Hochzeitstage —“

Seine derstschließt sie ihm den Mund mit ihrer eiskalten
Hand.

„Sprich nicht davon, Vater! Ich bleibe bei dir — im-
mer!“

„Immer? ... Was meinst du damit? ... Morgen
heiratest du Vittorio Graziano und —“

„Nein, Vater. Ich heirate ihn nicht. Ich heirate über-

haupt nicht.“

„Jolanda, du redest irre!“

„Nein, lieber Vater, ich rede nicht irre. Ich habe es
auch Vittorio schon gesagt.“

„Mein Gott! ... Und er?“

„Er wird sich dorein finden müssen, lieber Vater.“

Der alte Mann schweigt. Er fühlt sich so gebrochen, daß
selbst diese seltsame Mitteilung ihn kaum erregt.

Noch näher rückt Jolanda zu der ganz in sich zusammen-
gesunkenen Greisen Gestalt heran.

„Freust du dich nicht, daß ich bei dir bleibe, Vater?“

„Gewiß, Kind — sehr. Aber — ich verstehe nicht —
warum —“

„Ich weiß, daß du sehr krank bist, Vater, und ich will
dich bis an dein Lebensende nicht mehr verlassen.“

Mit zitternden Händen hebt der Marschese den gesenkten
Kopf seines Kindes empor. Er blickt in ein totenbleiches,
schmerzverzogenes Antlitz mit dunkel umschatteten Augen und
fieberhaft glühenden Lippen.

Er erschrickt.

„Jolanda —“ fragt er zögernd — „es hat etwas gege-
ben zwischen euch? ... Jankt Streit?“

„Nein, Vater.“

„So liebst du deinen Bräutigam nicht mehr?“

„Doch, Vater. Von ganzem Herzen.“

„Und trotzdem willst du ihn aufgeben — jetzt, nachdem
die Hochzeit vor der Tür steht? Warum?“

Nachhalt Jolanda den forschenden Blick der Vaterau-
gen aus.

„Ich sagte es dir schon, Vater. Weil ich dich nicht ver-
lassen will.“

„Und dieser Gedanke kommt dir erst heute, Kind? Am
Abend vor deiner Hochzeit? ... Jolanda, du verbirgst mir
etwas!“

„Nein, Vater. Ich will bei dir bleiben. Mehr kann
ich bei dem besten Willen nicht sagen.“

Ihre Stimme klingt so ruhig, fast gleichgültig. Der
Marschese läßt sich täuschen.

Fortsetzung folgt.

Lebensverhältnissen entsprechenden Weise, ausreichende Versorgung mit Kleidern und Schuhen.

Abg. Marcks (D. Sp.): Die Angriffe gegen die Reichswehr sind ungerecht, unklar und undantbar. Die Wehrzahl der Offiziere ist monarchisch, sie dienen aber der Republik treu. Nur die Reichswehr gibt dieser Regierung Halt. Sie muß daher auch angemessen bestärkt und befördert werden. (Zurufe links.) **Präsident Fehrenbach:** Machen Sie doch nicht solchen Lärm schon früh morgens! — Große Heiterkeit.) Wir brauchen aber zuverlässige Truppen für den Winter mit seiner Kohlennot. Kein Offizier will einen monarchistischen Putz. Wir würden auch jeden Versuch, die Monarchie gewaltsam einzuführen, zurückweisen. (Beifall rechts, Lachen links.)

Abg. Stüdem (Soz.): polemisiert gegen den Vordränger. Niemand von uns hat die Reichswehr beschimpft. Natürlich müssen die Soldaten ausreichend besoldet werden. Der Idealzustand wäre der, daß man gar kein Militär brauchte, doch die Regierung bedarf eines Machtmittels. Der Friedensvertrag schreibt uns ein Söldnerheer vor. Die Kosten sind ungeheuer. Eine Truppe von 100 000 Mann kommt für die Verteidigung des Landes fast gar nicht in Frage. Im Innern bedeutet eine Söldnertruppe eine große Gefahr. Wir müssen eine republikanische Reichswehr haben, die rücksichtslos auf dem Boden der Republik steht. Mit dem Schutt der Vergangenheit muß aufgeräumt werden. (Zurufe rechts: Nein, mit dem Schutt der Gegenwart!) Die Zurückhaltung unserer Gefangenen durch Frankreich ist eine unmenschliche Barbarei. (Beifall links.)

Abg. Raden (Ztr.): Besoldung und Beköstigung müssen besser werden. Das Heer muß entpolitisiert werden, erst recht das Offizierkorps. Freie Bahn dem Tüchtigen muß es da heißen.

Abg. v. Gräfe gedenkt des alten deutschen Heeres, es ist der Uebermacht nicht erlegen, sondern wurde von hinten erdolcht. (Zustimmung rechts, Lärm links.) Mit dem Kampf gegen unsere alte Armee hat das Ringen begonnen, das zur Vernichtung Deutschlands geführt hat. (Beifall rechts, große Unruhe links.) **Kautsky** hat erklärt, daß die deutsche Armee nicht siegen dürfte, weil damit der Militarismus befestigt worden wäre. (Zustimmung rechts, Lärm links.) Sie haben gesagt, die Monarchie liegt am Boden, die Republik ist erklärt, aber daneben liegt die Leiche des deutschen Vaterlandes. (Lachen links.) Unsere Feinde haben vom ersten Tage des Krieges an gewußt, daß Deutsche nur durch Deutsche besiegt werden können. Da hilft es nichts, wenn Sie die Feinde verunglimpfen, deren Namen noch in der Geschichte glänzen werden, wenn man sich der Deutschen von heute nur mit Zorn erinnern wird. Der Untersuchungsausschuß, der zur Freude unserer Feinde arbeitet, wird nur den Beweis erbringen, daß der Zusammenbruch da einsetzte, als die Zerlegung der Armee begann. Nur ein kleiner, trauriger, kümmerlicher Rest ist von dem alten Heere geblieben. Die Linke wird aber geradezu gescheitert von Mißtrauen gegen diesen Rest. Der Artikel Ludendorffs hat in der Reichswehr lebhaften Widerhall gefunden. (Zuruf links: Heuchelei!) Wir bedauern, daß es nicht einmal gelungen ist, die Reichsmilitärgerichtsbarkeit und die Offiziersehrenrechte zu erhalten. Die schwarz-weiß-rote Fahne wirkt auf die Herren von der Linken wie das rote Tuch auf den Ochsen. (Heiterkeit rechts.) Sie ist mit der Tradition des Heeres eng verbunden. (Lachen links.) Die schwarz-rot-goldene Fahne wird niemals vollständig werden. (Zuruf rechts: Judenfahne!) Sie wollen ein republikanisches Offizierkorps haben. Wenn Sie alle Offiziere entlassen wollen, die in ihrem Herzen nicht bei Ihnen sind, dann wird nur ein sehr trauriger Rest übrigbleiben. (Sehr richtig! rechts.) — **Zuruf rechts:** Die übernimmt dann Wenig Davidsohn! — **Heiterkeit rechts.** Eine politisierte Armee ist kein Instrument, auf das sich ein Staat verlassen kann. **Redner** wendet sich insoweit gegen die Ueberschwemmung der Soldaten mit sozialdemokratischen Flugchriften. Daß die Deutschnationalen eine Resolution über Erhöhung der Löhnung eingebracht haben, ist den Herren von der Linken unangenehm. Ein Müllerischer bekommt in Berlin 650 M. monatlich, mehr als ein Hauptmann der Reichswehr bekommt. Die Löhne der Unteroffiziere und Mannschaften sind niedriger als die Arbeitslosenunterstützung. Durch Ablehnung der Entschuldigungsgelei ist eine gewaltige Erbitterung in die Reichswehr hineingetragen worden. Der Redner bringt dann Einzelwünsche für die Reichswehr vor, er greift den Reichswehrminister auf das festliche an und führt Bescherwen über das Verbot der Deutschen Zeitung. Ein Mann, der wie Roske Jahrzehnte hindurch das Vertrauen zur Armee unterwühlt hat, gehört nicht auf diesen Posten. (Stürmischer Widerspruch links.) Wir vertrauen auf den geringen Rest des einstmaligen so prächtigen Heeres. (Stürmischer Beifall rechts, Lärm, Lachen und Widerspruch links.)

Reichswehrminister Roske: Die Reichswehr sollte nicht zum Bankapfel der Parteien werden. Der Vordränger treibt Selbstmordpolitik. (Sehr richtig! links.) Deutschland ist aus dem furchtbaren Kriege ehrenvoll hervorgegangen. (Beifall.) Der Minister bespricht die

Verhältnisse im Baltikum und dann den Etat. Bei der Auswahl der Offiziere wird nicht nach der politischen Zugehörigkeit gefragt. In der Fahnenerhebung hat der Vordränger der Unbotmäßigkeit das Wort geredet. Die Vereidigung der Truppen ist beinahe restlos durchgeführt. Offiziere und Mannschaften erkennen damit die gegebenen Tatsachen an. Bei der Auswahl der Offiziere entscheidet nur die Tüchtigkeit; in der Marine sind 50 Prozent der Offiziersstellen den Mannschaften vorbehalten. Je notwendiger die Reichswehr ist, desto weniger darf man sie zum Parteigezänk machen. Der Minister bespricht dann die Zeitungsverbote. Er polemisiert heftig gegen die rechtsstehende Presse. Das Reich ist jetzt mehr bedroht, als im Kriege; daß es noch lebt, danken Sie (nach rechts) uns! Wenn es sich um das Wohl von 80 Millionen handelt, dann darf man eine absolute Freiheit sich nicht ausstoben lassen. (Zustimmung bei der Mehrheit. Unruhe rechts und bei den U. Soz.) Wenn man trotz unserer schwierigen Lage versucht, uns noch innere Schwierigkeiten zu machen, so müssen wir diesen Versuch unterbinden. (Beifall. Lärm rechts.) Ich werde gegen Putzsch von links und rechts unmissverständlich vorgehen. Das deutsche Volk muß wieder festen Boden unter den Füßen bekommen. (Beifall. Lachen rechts.)

Reichsminister Dr. David: Wenn man Herrn von Graefe gehört hat, so versteht man unseren Zusammenbruch. Diese Leute haben Deutschland ins Unglück geführt. (Sehr richtig! links.) Sie konnten nicht genug bekommen an Eroberungen und haben einen Verständigungsfrieden verhindert. (Zustimmung links, Lärm rechts.) Dann haben sie uns nach Amerika auf den Hals gesetzt. Wir sind nur in die Regierung eingetreten, um zu retten, was noch zu retten war. Hätten wir gezaubert, so wäre der Feind ins Land gekommen. Der Bürgerkrieg in seiner furchtbaren Form war die Folge gewesen. Herr von Graefe treibt nur Propaganda für die Bolschewisten. Das ist eine Politik des Wahnsinns. (Beifall links.)

Abg. Dr. Haas (Dem.): Herr von Graefe hat Zwietracht säen wollen zwischen der Reichsregierung und der Reichswehr. Die Behauptung, die Revolution hätte die deutsche Armee um den Erfolg betrogen, ist eine Lüge. Ich habe den Eindruck, daß in dem neuen Reichswehrministerium der Apparat noch nicht ganz reibungslos arbeitet. **Abg. Wärm:** In allen Ministerien! Ein etwaiges Mißtrauensvotum gegen den Reichswehrminister machen wir nicht mit.

Abg. Koenen (U. Soz.): Die Rechtssozialisten haben genau so viel Schuld an der Verlängerung des Krieges, wie die nationalen Parteien. Nur unsere Partei hat vom ersten Tage an die Kriegspolitik bekämpft. (Zurufe links: Wo denn? 17 von 25 haben für die Kredite gestimmt!) Es ist nicht wahr, daß die Regierung den Friedensvertrag erfüllt. Sie versucht, von hinten herum zu morden. (Lärm und Zurufe.) Wir erheben dagegen Einspruch aus Friedensliebe. (Lachen.) — **Zuruf:** Hochverräter! Roske redet schon wie Wilhelm.

Reichswehrminister Roske: Wenn sich die Unabhängigen über Gewalt beklagen, so wirkt das immer komisch. Die Frage, ob ich mit den französischen Generälen Dupont und Kossens einen geheimen Rat für den Krieg in Kurland bilde, erinnert an das Wort, daß jemand mehr fragen kann, als ein Geschleier zu beantworten vermag.

Das Gehalt des Reichswehrministers wird gegen einige Stimmen der Unabhängigen und Deutschnationalen bewilligt.

Wider Erwarten geht die Sitzung weiter.

Ein deutschnationaler Antrag, der dem Reichswehrminister bei der Verhängung des Belagerungszustandes Unparteilichkeit zur Pflicht macht, wird abgelehnt, nachdem **Abg. Löbe (Soz.)** erklärt hatte, daß der Antrag eine Selbstverständlichkeit sei.

Abg. Frau Köhne (Dnatl.) empfiehlt die Weiterführung der Heeresübungen.

Damit ist der Heeresetat erledigt.

Beim Etat des Reichsmilitärgerichts teilt der Reichswehrminister Roske mit, daß der Entwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit dem Hause nach den Ferien zugehen werde.

In der 8. Sitzung beginnt das Haus die Beratung des

Marineetat.



Die Düsseldorfster Stadtverordnetenversammlung wählte den hiesigen Bürgermeister von Dortmund, Dr. jur. Emil Koettger, einstimmig zum Oberbürgermeister von Düsseldorf.

Die Anklagebehörde hat gegen die Führer des mit den Eisenbahnern vom Sommer in Frankfurt a. M. das Verfahren wegen Aufruhr eingeleitet.

Infolge des seit Montag abend andauernden Schneefalles ist München in völliges Winterfeld gehüllt. In Garmisch-Partenkirchen ist eine Schneehöhe bis zu 12 Zentimeter zu verzeichnen.

Der Oberbefehlshaber der Rheinarmee hat der Stadt Kaiserslautern wegen der Ruinen, die sich am 8. September dort abgespielt haben, eine Geldstrafe von 60 000 Mark auferlegt.

In Lachen wird infolge des Kohlenmangels die Gasabgabe vollständig eingestellt.

In den kgl. Preussischen Pulverfabriken zu St. Ingbert erpöblichten zwei Schwarzpulvermühlen. Vier Personen wurden getötet.

In Brooklyn (Vereinigte Staaten) kam es zwischen Streikenden und Arbeitswilligen zu blutigen Zusammenstößen, bei denen es Tote und Verwundete gab.

Lokales.

Ein Reise-Bewilligung nach Amerika. Nach einer amtlichen Mitteilung des Staatsdepartements in Washington können deutsche Staatsangehörige jetzt die Einreisebewilligung nach den Vereinigten Staaten von Amerika erhalten, wenn sie ein wirkliches Geschäftsinteresse nachweisen und wenn von ihnen bekannt ist, daß sie nichts gegen die Interessen der Vereinigten Staaten tun werden. Für die Einreise ist der Sichtvermerk einer amerikanischen Gesandtschaft oder eines amerikanischen Konsulats in einem an Deutschland angrenzenden Lande notwendig. Deutsche Ge-

schäftsleute können zwecks Erlangung des Sichtvermerks auch die Vermittelung spanischer Vertretungen in Deutschland in Anspruch nehmen, die den Antrag auf Erteilung des Sichtvermerks an eine amerikanische Vertretung in einem Nachbarlande Deutschlands weitergeben.

Δ Briefe nach dem Auslande werden häufig noch nach den alten Gebühren freigegeben. Es wird daher erneut darauf aufmerksam gemacht, daß für Briefe nach Deutsch-Oesterreich, Ungarn, der Tschechoslowakei und Ungarn die inneren deutschen Gebühren gelten, daß aber nach dem übrigen Auslande die Gebühren für Briefe bis 20 Gramm auf 30 Pfg. und für jede weiteren 20 Gramm auf 20 Pfg. festgesetzt sind.

Δ Gefängnisstrafe für Geheimtatsachen. Die Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Geheimhaltung haben namentlich in Gestalt von sogenannten Schwarzschlachten einen Umfang angenommen, der die Fleischversorgung der Gesamtbevölkerung auf das schwerste gefährdet. Der Reichswirtschaftsminister hat deshalb neuerdings bestimmt, daß in allen Fällen verbotener Schlachtungen auf Gefängnis und Geldstrafe nebeneinander, nicht mehr, wie bisher, nur wahlweise auf die eine oder die andere Straftat zu erkennen ist. Gleichzeitig ist in der Verordnung über Fleischversorgung vom 27. März 1918 für alle anderen strafbaren Tatbestände das Strafmaß, in Anlehnung an die übrigen Vorschriften auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft auf Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 20 000 Mark oder einer dieser Strafen erhöht und dem Gerichten die Einziehungsbesugnis gegeben worden.

* Einstellung des gesamten Personenverkehrs vom 5. bis 15. November. Wie verlautet, hat das Reichskabinett beschlossen, den gesamten Personenverkehr der Eisenbahnen von 5. November auf die Dauer von 10 Tagen vollständig einzustellen. Der Beschluß ist gefaßt worden, obwohl die Eisenbahndirektoren sich gegen diese Maßnahme ausgesprochen haben.

* Hurra, der erste Schnee! so schallte es von der Straße her und die Schuljugend lieferte sich die erste Schneeballschlacht, oder den Schutten hervorstechend und mit diesen sich im Schnee herumtollend. Ja, wer es doch auch noch mal so haben könnte! wird mancher von uns Allen sagen. Die Jugend mit ihrem stets heiteren Sinn, der von keiner Sorge für die Zukunft getrübt, nur der Gegenwart mit ihren Freuden lebt, sie genießt den Tag ohne Skrupel und das mit Recht! die Sorgen kommen nachher allein. Der Schnee hat aber auch so manche Hoffnung begraben. Zum Beispiel für uns Vierständer die Straßenbahn, die mit ihrem halbständigen Verkehr und mit dem willkürlichen Fahrplan der einzelnen Führer schon bei normalen Zeiten kein verlässliches Verkehrsmittel bildete, sie wird jetzt des öfteren ausfallen, dazwischen des öfteren den Schnee schlech vertragen. Auch die Arbeiten zur Begung des zweiten Gleises, die in letzter Zeit schon einen recht guten Fortgang genommen hatten, werden durch diesen gehindert weiter voranzufahren. Waren doch an Stelle der Schienen, im Sommer erquickenden Schatten spendenden Laubbäumen bereits rechts und links eiserne Masten, entstanden die teilweise auch schon den Leinwandträger der Stromleitung trugen, während die alten Masten mit Bügel ausgehoben wurden. Auch die Schienen für das zweite Gleis sind zum Teil bereits angefahren. Dieses alles soll nun wieder in nebelhafter Ferne gerückt sein? Offenlich hat der Winter ein Einsehen und tritt nur vorübergehend in Kraft!

* Die Bürodame des hiesigen Bürgermeistersamtes sind wegen der Kohlennot ab Mittwoch von morgens 7½ bis Nachmittags 3 Uhr für den Verkehr geöffnet. — Die hiesige Gemeinde hat einen Wagon gelbe Rüben gekauft und gibt diese zur Stärkung der Kartoffeln an die Einwohner ab.

* Die Kohlennot zeitigt kuriose Sachen. Die Mitglieder eines Wiesbadener Gesangsvereins sind verpflichtet an den jeweils stattfindenden Übungsabenden jeder ein Brötchen mitzubringen, da der Wirt für den Übungsraum keinen Brennstoff hat und die Sänger ihre Stimmbänder nicht erkalten möchten.

* Der Oberbürgermeister von Wiesbaden Scheimer Finanzrat Gläffing wurde nach einer Verfügung der französischen Verwaltung seines Posten enthoben und muß das besetzte Gebiet räumen.

* Die Banknoten zu 50 Mk. vom 20. Oktober 1918 (mit schwarzem Rand) werden von den Reichsbankanstalten noch bis Ende dieses Jahres zur Einföhrung angenommen.

* Freie Turnerschaft Vierstadt. Eine gemüßliche Vereinigung der Mitglieder der Freien Turnerschaft, ger aber auch ein großer Teil der hies. Einwohner bewohnte, hatte sich am letzten Sonntag, im Saale „Zur Rose“ eingefunden. Das Abtun wurde vorgenommen. (Das im Programm vorgesehene Wertungsturnen der Jünglinge mußte ausfallen, weil der Saal, in dem die Turnenden sonst stattfanden, in letzter Zeit nicht frei war.) Gleichzeitig aber sollte auch der Tanzgötter Terpsichore gebührend werden, was wohl für die tanztüchtige Jugend die Hauptsache war. Um 3 Uhr war die Festschicht angelegt, aber nicht das Turnen, worauf viele gespannt, sondern der Tanz eröffnete den Reigen. Erst gegen 7 Uhr abends begannen die turnerischen Vorführungen. Vorher nahm Herr Winter das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er schilderte den Werdegang und die Kämpfe der Freien Turnerschaft unter der alten Regierung. Die Freie Turnerschaft hatte eigentlich erst im Jahre 1892 durch Gründung des Arbeiter-Turnbundes richtig Fuß gefaßt, dann schon 1907 umfaßte, der Bund 1335 Vereine mit insgesamt 102 373 Mitgliedern. Einen Saal zu bekommen, zu einer Veranstaltung wie der heutigen sei früher ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, darum sei der Fortschritt zu begrüßen usw. Nunmehr begannen unter Leitung des Herrn Christian Wolf die einzelnen turnerischen Vorführungen, die mit viel Geschick und Prä-

zifion durchgeführt wurden. Die Gruppendarstellungen, deren eine bis zur Decke des geräumigen Schieber'schen Saales emporragte, zeigten so recht, was dauernde Übung vermag und wessen die Menschen zu vollbringen durch Einigkeit fähig sind. Ein Theaterstück, meistens von Mitgliedern im flotten Spiel durchgeführt, machte den Beschluß der Aufführungen und das Tanzbein das vielen schon viel zu lange geruht hatte, trat wieder in Kraft, durchhaltend bis zum späten, oder sagen wir auch frühen Fröhmung, der manchmal in dem inzwischen leise niedergegangenen Schnee recht bitter aufgestoßen sein soll. Jedenfalls hatten die Teilnehmer alle das Gefühl einen recht vergnügten Tag verbracht zu haben. Uebrigens sind es heute gerade 100 Jahre, daß in Preußen (nach Koblenz Ermordung durch den Turner und Burschenschaftler Sand 1819) und später auch in Deutschland die Schließung sämtlicher Turnvereine stattfand, ebenso Jahrs Verhaftung.

* Die bisherige Entwicklung der öffentlichen Lebensversicherung in Deutschland. Als Träger der öffentlichen Lebens- und Volksversicherung bestehen in Preußen zurzeit 12 Provinzial-Lebensversicherungsanstalten, die zu einem „Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland“ — Sitz Berlin — vereinigt sind. Damit ist der preussische Staat von der öffentlichen Lebensversicherung durchorganisiert worden. In neuerer Zeit ist auch im Freistaat Sachsen die Errichtung einer öffentlichen Lebensversicherungsanstalt von einer großen Zahl öffentlicher Sparkassen beschlossen worden. In anderen nicht preussischen Ländern sind die Ansichten für die Errichtung öffentlicher Lebensversicherungsanstalten ebenfalls nicht ungünstig. Bis zur Gründung eigener Anstalten ist der genannte „Verband“ mit seinen Verwaltungsstellen in München für Bayern, Weimar für Thüringen, Dresden für das ehem. Königreich Sachsen und Schwerin für die beiden mecklenburgischen Staaten als Schrittmacher und Platzhalter in diesen Ländern unmittelbar tätig. Ende 1918 verfügten der „Verband“ und die ihm angeschlossenen Anstalten zusammen über einen eingelösten Versicherungsbestand von 389 300 Versicherungen über 363 568 294 M. Versicherungssumme. Hiervon entfiel auf die Volksversicherung ein Bestand von 202 933 778 M. Versicherungssumme. Im Jahre 1919 ist eine weitere wesentliche Steigerung des gesamten Versicherungsbestandes eingetreten und zwar bis Ende September 1919 auf 460 Millionen M. Diese Werbeerfolge hat die öffentliche Lebensversicherung innerhalb des kurzen Zeitraumes von noch nicht ganz 8 Jahren errungen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Organisationsaufbau naturgemäß nur schrittweise erfolgen konnte und daß diese Erfolge trotz des außerordentlich schweren Druckes des Weltkrieges erzielt worden sind. Des weiteren muß man bedenken, daß der Gesellschaftsbereich der öffentlichen Lebensversicherung sich auch jetzt noch nicht über das ganze deutsche Reich erstreckt. Die Bedeutung dieser Entwicklung erhellt aus einem Vergleich mit der Entwicklung privater Lebensversicherungs-gesellschaften. Einen Versicherungsbestand von mehr als 450 Millionen M. haben in Deutschland von 42 Lebensversicherungs-gesellschaften bisher nur 11 aufzuweisen und diese haben zur Erreichung des angegebenen Versicherungsbestandes Jahrzehnte gebraucht. Etwa Dreiviertel der deutschen Lebensversicherungs-gesellschaften haben einen Versicherungsbestand von 450 Millionen M. den die öffentliche Lebensversicherung innerhalb von ca 8 Jahren erzielt hat, bisher überhaupt noch nicht zu erreichen vermocht, obwohl sie durchweg auf eine Jahrzehntelange Tätigkeit zurückblicken. Hierbei ist freilich zu berücksichtigen, daß der Lebensversicherungs-gedanke als solcher in den Gründungs-jahren vieler privaten Gesellschaften noch nicht die Ausbreitung wie in der Gegenwart hatte, auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen ungünstiger waren, aber der Vergleich mit privaten Unternehmen, die unter ähnlichen Verhältnissen wie die öffentliche Lebensversicherung ihre Tätigkeit begonnen haben, schlägt ebenso zu Gunsten der Letzteren aus. Die obigen Angaben beweisen mehr als alles andere den steigenden Gedanken der öffentlichen Lebensversicherung, der für unsere Provinz-Deffen Nassau durch die elbdeutsche, von den beiden B. zirkelverbänden Wiesbaden und Cassel errichtete Offen-Nassauische Lebensversicherungsanstalt in Wiesbaden wirksam vertreten wird.

Bekanntmachungen.

Die Bürostunden des hiesigen Bürgermeistersamtes sind wegen Kohlen- und Lichtersparnis von Mittwoch, den 5. November 1919 ab bis auf Weiteres von 7½ Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags festgesetzt. Die Kassenstunden der Gemeindekasse sind von 9—12 Uhr.

Die Gemeinde hat einen Wagon Gelberüben bezogen, welche zur Erreichung der Kartoffeln sehr empfohlen und im Laufe dieser Woche verteilt werden. Der Preis beträgt für das Pfund 25 Pfg. Bei Aufsammlungen werden im Rathaus — Zimmer 3 — entgegengenommen.

Die für das Decken eines Mutter Schweines durch den Eber zu zahlenden Gebühren sind vom 1. November 1919 ab auf 5 Mk. erhöht worden was hiermit zur Kenntnis der Besitzer von Mutter Schweinen gebracht wird.

Diejenigen Einwohner, welche in den Monaten Septem-ber und Oktober 1919 durch die französischen Truppen Einquartierung hatten, werden ersucht die Anzahl der Nächte der gehobten Einquartierung am 5. und 8. November d. J. auf Zimmer Nr. 6. des hiesigen Rathauses anzumelden. Spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Alle Personen, die sich als Selbstversorger mit Kartoffeln für den Winter versorgt und solche bei der hies. Gemeinde-kasse bezahlt, aber noch nicht geliefert erhalten haben, wollen sich sofort bei Karl Schild III. hier Hintergasse 11 u. 12, Bierstadt den 3. November.

Der Bürgermeister Hofmann.
Es wird hiermit an die sofortige Einzahlung der III. Rate Staats- und Gemeindesteuern erinnert.
Bierstadt, den 3. November 1919.
Die Gemeindekasse.



Männer-Gesang-Verein Bierstadt (Gegründet 1883)

Die nächste

Probe

findet wieder am nächsten Mittwoch, den 5. Novbr. er., abends 8½ Uhr in der neuen Schule an der Adlerstr. statt und wird hiermit um pünktliches und voll-zähliges Erscheinen der Herren Sänger gebeten.

Bierstadt, 3. November 1919.

Der Vorstand.



„Gesangverein Frohsinn“ Bierstadt.

Mitteilung.

Den Sängern unseres Vereines wird hierdurch mitgeteilt, daß heute Abend 8½ Uhr eine Probe stattfindet. Die nächste Gesangsprobe wird vorher durch die Bier-städter Zeitung bekannt gegeben.

Mit Sängergruß Der Vorstand.

Wer liefert
Kartoffel
gegen Kinderstühlen, Kin-derwäsche, Puppenwagen etc. Angebote u. E. R. 582 an Invalidenamt — Wiesbaden.

Sonntags, gut heizb. möbl.
Frontispiz Zimmer
mit Kochgel. u. Bad zu ver-mieten. Bierstadt, Hahnen-strasse 3.

Monatsfrau für einige Stunden vormittags oder nachmittags gesucht. Näh. Hartmann, Bierstädter Straße 46. 1.

Küchen, Schlafzimmer,
1 und 2 für Kleiderschränke, einzel. Bettstellen, einfache Wäschkommode und Nachtschränke, Stühle u. s. w. Ferner empfehle folgende Gegenstände gebraucht aber gut erhalten 1 Schülerpult, 2 verstellbare Kinderstühle, 1 B. ritzo, 1 polierte Tisch, Bettstellen, eine Hängelampe 1 Küchentisch, eine eiserne Bettstelle mit Matratze ein Ruhestuhl.

Wilhelm Welkenbach,
Schreinermeister, Bierstadt, Blumenstraße 2 a.

Säcke
aller Sorten, Inten-ge-webe zu verkaufen, zu ver-leihen und zum faden werden angenommen.
Rieser & Sperber,
Wiesbaden, Dohheimer Strasse 21. Teleph. 6129.

Künstl. Blumen
für Vasen und Spiegel
Brautfränze
in grün-, silber- und Goldmützen. Silber-förbe zu Geschenken.
B. von Santen
47 Friedrichstraße 47,
Wiesbaden.

Reiner Tabak
100 gr 3.50 M 1 Pfd. 17 M
Büchler, Wiesbaden,
Herderstraße 26.
Wiederverkäufer billiger.



Stein-töpfe
in großer Auswahl
billigst
Südkaufhaus
Wiesbaden
Ecke Markt- und Gerichts-strasse 1.

Hut-Impresserei
Wiesbaden
Bleichstraße 20
Herrenhüte werden von aller Damenhüte nach den neuesten Modellen umgepreßt.
B. Spielmann.

Karbid,
Karbid-Lampen,
Kaffeeröster, Gaslampen,
Brenner, Zyl. Glühkörper, Gaslocher, Brat- u. Backhauben, Badewannen, Badesofen, Zapfhähne und Gartenschläuche zu verkauf.
Krause, Wiesbaden,
Wellstrasse 10.

Fußboden-Lack
Spirituslack, Emailack, Del- und Leinwandlack in allen Tönen freigelegt, Glanzlack in gelb. Del abgerieben, Leinöl, roh u. gelb, flüssig, Fußbodenlack, Sikkativ, Terpentin, Mädel, Lack, Innen- und Außenlack, Gips, Kreide, Pflanzen- und Tafellack, trockne Farben aller Art kaufen Sie nur sachmännisch zubereitet unter billigster Berechnung bei
Friedr. Brahm sen.
Rain, Untere Gasse 73
„Zum wetken Röhren“
nähe dem Gouernement, früher Schöndornstraße 6.
Telephon 1685.
Direkt vorrätig ab 600 Mk.

Schreib-Maschinen
großes Lager. Ankauf.
R. Gänzburg, Mainz,
Gindenburgstraße 19. Tel. 915

**Wer Geschäfte machen will,
muß inserieren!**

Um Ansteckungsgefahr von Maul- und Klauenseuche unter den Viehbeständen zu beseitigen, ist reichliches Ausstreuen von
Chlorcalc
in Ställen unbedingt zuverlässig. In Paketen à 40 kg zu haben in der
Trogerie Arthur Lehmann
Wiesbadenerstraße 4 Telefon 3267.

Schulranzen : Schulranzen
Grösste Auswahl Billigste Preise
offert als Spezialität
A. LETSCHERT
Wiesbaden, Faulbrunnstr. 10. Reparaturen

Photographie
Skizzen Familienbilder Vereinsgruppen Kinderaufnahmen Aufnahmen im eigenen Heim Landschafts- und Architektur-Aufnahmen liefert in tadelloser Ausführung
Karl Engel
Photograph Wiesbad., Blücherstr. 8, Gth. Pt.

Spezialhaus für feine Stahlwaren
Philipp Krämer
Wiesbaden, Langg. 26
Fernsprecher 2079
Schleiferei u. Reparatur.
Coutellerie
Philipp Krämer
Wiesbaden
26 rue longue 26
alignements et réparations

Schlafzimmer, Wohnzimmer,
Küchen, Vertikow, Spiegel-, Kleider-schränke, Trümpf Spiegel, Betten, Tische, Divan gut erhalten zu verkaufen.
A. Graubner, Wiesbaden,
Adlerstraße 3, Am Kaiser Friedrich-Bad.

Achtung! Neu! Achtung!
Zigarettenmaschine
Praktisch und einfach, eine Zigarette 2 Pfg.
Ph. Krämer, Wiesbaden, 26 Langgasse 26.
Wiederverkäufer Rabatt.

Trauerhüte
Trauerschleier
Trauerflore
grösste Auswahl billigste Preise
Modehaus Uilmann
Wiesbaden, Kirchgasse 21 Telefon 2972.

Trauringe
moderne Kugelform, in 8, 14 und 18 Krt. Eigene Anfertigung. Billigste Preise.
C. Struck Gold-schmied
Wiesbad., Michelsb. 15.

Feiner Chinesischer Tee
Paket 20 Pfg., ¼ Pfund = 4.50 Mk. empfiehlt
DROGERIE LEHMANN
Wiesbadenerstr. 4 — Fernspr. 3267.